

BELEHRUNG ÜBER DIE PFLICHT ZUR VERFASSUNGSTREUE IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Nach § 33 Abs. 1 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes, nach § 49 des Landesbeamtengesetzes und nach § 5 Abs. 1 des Landesrichtergesetzes sind Beamtinnen und Beamte (Richterinnen und Richter) verpflichtet, sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung für Rheinland-Pfalz zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht in Leitsatz 2 seiner Entscheidung vom 22. Mai 1975 – 2 BvL 13/73 – (Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Band 39 S. 334) unter anderem ausgeführt: „Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im Übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, dass er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanzieren, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, dass er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt.“

Die gleichen politischen Treuepflichten ergeben sich für Beschäftigte des Landes aus § 3 Abs. 1 Satz 2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder.

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. Urteil vom 23. Oktober 1952, Az.: 1 BvB 1/51, Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Band 2 Seite 1 ff.; Urteil vom 17. August 1956, Az.: 1 BvB 2/51, Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Band 5 Seite 85 ff.) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteilen vom 22. Mai 1975 - 2 BvL 13/73 - (BVerfGE 39, 334-391) und vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13 - (BVerfGE 144, 20-369) konkretisiert. Danach umfasst der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.d. Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind. Zu diesen Grundprinzipien gehören die Würde des Menschen, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung aus dem Jahre 2017 zu diesen grundlegenden Prinzipien ergänzend ausgeführt:

- **Menschenwürde:** Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.
- **Demokratieprinzip:** Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).
- **Rechtsstaatsprinzip:** Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich erfordert die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten einer oder eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst, die an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingestellt werden.

Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen, müssen damit rechnen, dass gegen sie ein Disziplinarverfahren, gegebenenfalls auch mit dem Ziele der Entfernung aus dem Dienst, eingeleitet wird.

Beschäftigte müssen in diesen Fällen mit einer außerordentlichen Kündigung rechnen. Wird eine Teilnahme oder Unterstützung an verfassungsfeindlichen Bestrebungen bei der Einstellung verschwiegen, kann dies zur Anfechtung ihres Arbeitsverhältnisses führen.

ERKLÄRUNG

Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die in der Belehrung aufgeführten Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eines ihrer in der Belehrung aufgeführten grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze. Auch bin oder war ich in den letzten fünf Jahren nicht Mitglied in einer hiergegen gerichteten Organisation, insbesondere nicht in einer der in der derzeit aktuellen Fassung der Anlage aufgeführten extremistischen Organisationen. Mir ist bewusst, dass es sich hierbei um eine beispielhafte und damit nicht abschließende Aufzählung handelt.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Dienst- und Treuepflichten gegebenenfalls auch mit einer Entfernung aus dem Dienst rechnen muss. Mir ist auch bekannt, dass ich, soweit ich wahrheitswidrig angebe, nicht Mitglied in einer extremistischen Organisation zu sein oder gewesen zu sein, mit einer Rücknahme meiner Ernennung gemäß § 12 Abs. 1 BeamStG zu rechnen habe.

Ort, Datum

Unterschrift

ANLAGE

LISTE EXTREMISTISCHER ORGANISATIONEN

Stand: 04.06.2025

RECHTSEXTREMISMUS:

- Partei „Die Heimat“ (vormals „Nationaldemokratische Partei Deutschland“, NPD)
- „Junge Nationalisten“ (JN)
- „Deutsche Stimme Verlags GmbH“ (DS Verlag)
- Partei „DIE RECHTE“
- Partei „Der III. Weg“
- „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ)
- Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)
- „Junge Alternative“ (aufgelöste Jugendorganisation der AfD, Neuorganisation bis Ende 2025 beabsichtigt)
- „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)
- „Revolte Rheinland“ (aufgelöst)
- „Compact-Magazin GmbH“
- „Institut für Staatspolitik“ (IfS)
- „Ein Prozent e.V.“
- „Verlag Antaios“
- Burschenschaft „Germania Halle zu Mainz“
- „Freundeskreis Westerwald“
- „Kameradschaft Zweibrücken / Nationaler Widerstand Zweibrücken“
- „Kameradschaft Rheinhessen“
- „Combat 18“ – verboten
- „Blood & Honour“ – verboten
- „Hammerskins“ – verboten
- „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ – verboten
- Reichsbürger und Selbstverwalter
- „Königreich Deutschland“ (KRD) – verboten
- „Geeinte Deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt) – verboten
- „Indigenes Volk Germaniten“ (IVG)
- „Staatenbund Deutsches Reich“
- „Freistaat Preußen“
- „Volkstaat Bayern“
- „Verfassungsgebende Versammlung“ (VV)
- „Verband Deutscher Wahlkommissionen“ (VDWK)
- „Ewiger Bund“, „Bismarcks Erben“, „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD)
- „Internationale Organisation Völkerrecht“ (IOV)
- „Internationales Zentrum für Menschenrechte“ (IZMR)
- „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force“ (S.H.A.E.F.)
- „Alliance Earth“ ehem. „United Nation Wenea“

LINKSEXTREMISMUS:

- Linksextremistische autonom-antifaschistische Gruppierungen
- „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU)
- „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)
- „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
- „Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO)
- „Interventionistische Linke“ (IL)
- „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)
- „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)
- „Perspektive Kommunismus“ (PK)
- „REVOLUTION“ (REVO)
- „Gruppe Arbeiterinnenmacht“ (GAM)
- „Rote Hilfe e.V.“ (RH)
- „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV)
- „Sozialistische Organisation Solidarität“ (SOL)
- „Jugend für Sozialismus“ (JfS)
- „Marx 21“
- „die plattform“
- „... ums Ganze! - kommunistisches Bündnis“ (uGB)

ISLAMISMUS:

- „al-Qaida“
- „Ansaar International e.V.“
- „Ansar al-Islam“ / „Rauti Shax“ / „Komal Kari“
- „Al-Shabab“
- „DawaFFM“
- „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG)
- „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG / DMG Braunschweig)
- „Deutschsprachiger Islamkreis Hildesheim e.V.“ (DIK Hildesheim)
- „Die wahre Religion“ (DWR) / Lies-Stiftung
- „Erbakan Vakfi“ (Erbakan-Stiftung)
- „Furkan Gemeinschaft“ („Furkan Vakfi“)
- „Generation Islam“ (GI)
- „Globale Islamische Medienfront“ (GIMF)
- „Hai'at Tahrir as-Sham“ (HTS)
- „HAMAS“ / „Islamische Widerstandsbewegung“
- „Hezb-e Islami Afghanistan“ (HIA)
- „Hizb Allah“ (Partei Gottes)
- „Hizb ut-Tahrir“ (HuT)“ (Befreiungspartei)
- „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)
- „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)
- „Islamischer Staat“ (IS) / „DAESH“ / „DAISH“
- „Ismail Aga Cemaati“ (IAC)
- „Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti)
- „Islamistische Nordkaukasische Szene“ / „Kaukasisches Emirat“
- „Jama'atu Berlin“ (Tauhid Berlin)
- „Millatu Ibrahim“
- „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD)
- „Muslimbruderschaft“ (MB)
- „Muslim Interaktiv“
- „Palästinensischer Islamischer Jihad“ (PIJ)
- „Realität Islam“ (RI)
- „Saadet Partisi“ (SP)
- „Taliban“
- „Tabligh-i Jamaat“ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)
- „Tauhid Germany“
- „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI)
- „Türkische Hizbullah“ / „Hizbullah Cemaati“

SONSTIGER EXTREMISMUS MIT AUSLANDSBEZUG:

- „Migrantifa Rhein-Main“

TÜRKEI

- „Arbeiterpartei-Kurdistans“ (PKK) mit Neben- und beeinflussten Organisationen
- „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)
- „Ulkcü-Bewegung („Graue Wölfe“) einschließlich „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ (ADÜTDF) und „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB e.V.) und „Föderation der Weltordnung in Europa“ (ANF)
- „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)
- „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP)
- „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)

INDIEN

- „International Sikh Youth Federation“ (ISYF)
- „Babbar Khalsa International“ (BKI)
- „Babbar Khalsa Germany“ (BKG)

PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE

- „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP)
- „Samidoun“, „Samidoun Deutschland“, „Hirak e.V.“, „Hirak – Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany)“

GUIDANCE ON THE DUTY OF LOYALTY TO THE CONSTITUTION IN PUBLIC SERVICE

Pursuant to section 33 subsection 1 sentence 3 of the Federal Civil Service Status Act (Beamtenstatusgesetz - BeamtStG), to section 49 of the Rhineland-Palatinate State Law governing the Civil Service (Landesbeamtengesetz - LBG) and to section 5 subsection 1 of the State Law governing the Judiciary (Landesrichtergesetz), civil servants (judges) have a duty to demonstrate, through their conduct as a whole, their commitment to the fundamental system of freedom and democracy defined in the Basic Law and to ensure that this is upheld.

In this context, the Federal Constitutional Court stated in Principle 2 of its judgment of May 22, 1975 – 2 BvL 13/73 – (Collected Judgments of the Federal Constitutional Court Volume 39 p. 334) inter alia that: "The political duty of loyalty requires more than merely a formally correct, yet otherwise disinterested, cold, emotionally distant conduct with respect to the state and the constitution; it requires of the civil servant in particular that he distance himself clearly from groups and activities which attack, combat and defame the state and its constitutional institutions and system. The civil servant is expected to recognize and acknowledge the state and its constitution as elements of high, positive value, worthy of being upheld."

The same political duties of loyalty apply to employees of German States (Länder) under section 3 subsection 1 sentence 2 of the Collective Agreement for Public Service Employees in German States (TV-L).

The fundamental system of freedom and democracy defined in the Basic Law is, according to the case law of the Federal Constitutional Court (cf. judgment of October 23, 1952, ref.: 1 BvB 1/51, Collected Judgments of the Federal Constitutional Court Volume 2 pp. 1 ff.; judgment of August 17, 1956, ref.: 1 BvB 2/51, Collected Judgments of the Federal Constitutional Court Volume 5 pp. 85 ff.), a system that represents a legal system of governance based on the principle of the self-determination of the people according to the wishes of the majority and on freedom and equality, to the exclusion of any tyranny or despotism. The German Federal Constitutional Court substantiated the principles of the fundamental system of freedom and democracy in its judgments of May 22, 1975 - 2 BvL 13/73 - (BVerfGE 39, 334-391) and January 17, 2017 - 2 BvB 1/13 - (BVerfGE 144, 20-369). Accordingly, the term fundamental system of freedom and democracy includes within the meaning of article 21 subsection 2 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany (GG) those central basic principles that are per se indispensable for a free constitutional state. Those basic principles include human dignity, the democratic principle, and the rule-of-law principle. In its 2017 decision, the German Federal Constitutional Court added to those fundamental principles:

- **Human dignity:** The fundamental system of freedom and democracy has its source in human dignity (article 1 subsection 1 GG). The guarantee of human dignity includes, in particular, the preservation of personal individuality, identity, and integrity as well as basic equal rights before the law.
- **Democratic principle:** Furthermore, the democratic principle is a constitutive component of the fundamental system of freedom and democracy. The possibility of equal participation of all citizens in the political decision-making process and the linking back of the exercise of state authority to the people are indispensable for a democratic system (article 20 subsections 1 and 2 GG).
- **Rule-of-law principle:** Finally, for the concept of a fundamental system of freedom and democracy it is decisive that the authority of the public is bound to the constitutional order rooted in the rule-of-law principle (article 20 subsection 3 GG) and that this bond is reviewed by independent courts. At the same time, the constitutionally guaranteed freedom of the individual requires that the use of physical force is reserved for state bodies that are bound by laws and subject to judicial review.

Participation in activities directed against the fundamental system of freedom and democracy characterized by the above principles is incompatible with the duties of a public servant. It is immaterial whether such activities are pursued within an organization or outside one.

Applicants for public service posts who participate in or support activities hostile to the constitution shall not be employed.

Civil servants and judges who are guilty of such a breach of duty must expect disciplinary proceedings to be instituted against them, also with the objective of removing them from office, if necessary.

Employees, in such circumstances, must expect termination of their contract for compelling reasons without notice. If participation in or support of anti-constitutional activities is concealed at the time of recruitment, this may lead to the employment being challenged.

DECLARATION

Based on this guidance, I hereby expressly declare that I affirm the principles of the system of freedom and democracy defined in the Basic Law as set out in the guidance and that I am prepared at all times to demonstrate, through my conduct as a whole, my commitment to the fundamental system of freedom and democracy defined in the Basic Law and to ensure that this is upheld.

I give express assurance that I do not support activities directed against the fundamental system of freedom and democracy or against one of the fundamental principles set out in the guidance. Furthermore, I am not and have not been in the last five years a member of an organization directed against these fundamental principles, in particular not a member of one of the extremist organizations listed in the current version of the annex. I am aware that this is an exemplary and not an exhaustive list.

I understand that if I breach such duties of service and loyalty I must expect to be removed from office. I am also aware that if I falsely state that I am not or have not been a member of an extremist organization, I must expect my appointment to be withdrawn in accordance with section 12 subsection 1 BeamtStG.

The signature must be placed under the German version, as only this version is legally binding.

APPENDIX

LIST OF EXTREMIST ORGANIZATIONS

Last updated: June 4, 2025

RIGHT-WING EXTREMISM:

- „Die Heimat“ party (formerly „Nationaldemokratische Partei Deutschland“, NPD)
- „Junge Nationalisten“ (JN)
- „Deutsche Stimme Verlags GmbH“ (DS Verlag)
- „DIE RECHTE“ party
- „Der III. Weg“ party
- „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ)
- „Alternative für Deutschland“ (AfD) party
- „Junge Alternative“ (dissolved AfD youth organization, intended to be re-organized by the end of 2025)
- „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD)
- „Revolte Rheinland“ (dissolved)
- „Compact-Magazin GmbH“
- „Institut für Staatspolitik“ (IfS)
- „Ein Prozent e.V.“
- „Verlag Antaios“
- „Germania Halle zu Mainz“ fraternity
- „Freundeskreis Westerwald“
- „Kameradschaft Zweibrücken / Nationaler Widerstand Zweibrücken“
- „Kameradschaft Rheinhessen“
- „Combat 18“ – banned
- „Blood & Honour“ – banned
- „Hammerskins“ – banned
- „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ – banned
- Reichsbürger and Selbstverwalter
- „Königreich Deutschland“ (KRD) – banned
- „Geeinte Deutsche Völker und Stämme“ (GdVuSt) – banned
- „Indigenes Volk Germaniten“ (IVG)
- „Staatenbund Deutsches Reich“
- „Freistaat Preußen“
- „Volksstaat Bayern“
- „Verfassungsgebende Versammlung“ (VV)
- „Verband Deutscher Wahlkommissionen“ (VDWK)
- „Ewiger Bund“, „Bismarcks Erben“, „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD)
- „Internationale Organisation Völkerrecht“ (IOV)
- „Internationales Zentrum für Menschenrechte“ (IZMR)
- „Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force“ (S.H.A.E.F.)
- „Alliance Earth“ formerly „United Nation Wenea“

LEFT-WING EXTREMISM:

- Left-wing extremist autonomous / anti-fascist groups
- „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU)
- „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)
- „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
- „Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO)
- „Interventionistische Linke“ (IL)
- „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)
- „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)
- „Perspektive Kommunismus“ (PK)
- „REVOLUTION“ (REVO)
- „Gruppe Arbeiterinnenmacht“ (GAM)
- „Rote Hilfe e.V.“ (RH)
- „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV)
- „Sozialistische Organisation Solidarität“ (SOL)
- „Jugend für Sozialismus“ (JfS)
- „Marx 21“
- „die plattform“
- „... ums Ganze! - kommunistisches Bündnis“ (uGB)

ISLAMISM:

- „al-Qaida“
- „Ansaar International e.V.“
- „Ansar al-Islam“ / „Rauti Shax“ / „Komal Kari“
- „Al-Shabab“
- „DawaFFM“
- „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG)
- „Deutschsprachige Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG / DMG Braunschweig)
- „Deutschsprachiger Islamkreis Hildesheim e.V.“ (DIK Hildesheim)
- „Die wahre Religion“ (DWR) / Lies-Stiftung
- „Erbakan Vakfi“ (Erbakan Foundation)
- „Furkan Gemeinschaft“ („Furkan Vakfi“)
- „Generation Islam“ (GI)
- „Global Islamic Media Front“ (GIMF)
- „Hai'at Tahrir as-Sham“ (HTS)
- „HAMAS“ / „Islamic Resistance Movement“
- „Hezb-e Islami Afghanistan“ (HIA)
- „Hizb Allah“ (God's Party)
- „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) (Liberation Party)
- „Islamic Movement Uzbekistan“ (IBU)
- „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)
- „Islamic State“ (IS) / „DAESH“ / „DAISH“
- „Ismail Aga Cemaati“ (IAC)
- „The Caliphate State“ (Hilafet Devleti)
- "Islamist North Caucasian scene" / "Caucasian Emirate"
- „Jama'atu Berlin“ (Tauhid Berlin)
- „Millatu Ibrahim“
- „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD)
- „Muslim Brotherhood“ (MB)
- „Muslim Interaktiv“
- "Palestinian Islamic Jihad" (PIJ)
- „Realität Islam“ (RI)
- „Saadet Partisi“ (SP)
- „Taliban“
- „Tabligh-i Jamaat“ (Community of Proclamation and Mission)
- „Tauhid Germany“
- "Chechen Republic of Ichkeria" (CRI)
- "Turkish Hizbullah" / "Hizbullah Cemaati"

OTHER EXTREMISM WITH FOREIGN CONNECTIONS:

- „Migrantifa Rhein-Main“

TURKEY

- "Workers' Party of Kurdistan" (PKK) with affiliated and influenced organizations
- "Revolutionary People's Liberation Party-Front" (DHKP-C)
- Ülkücü movement ("Grey Wolves") including "Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V." (ADÜTDF) and "Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V." (ATIB e.V.) und "Föderation der Weltordnung in Europa" (ANF)
- "Turkish Communist Party/Marxist-Leninist" (TKP/ML)
- "Maoist Communist Party" (MKP)
- "Marxist-Leninist Communist Party" (MLCP)

INDIA

- „International Sikh Youth Federation“ (ISYF)
- „Babbar Khalsa International“ (BKI)
- „Babbar Khalsa Germany“ (BKG)

PALESTINIAN AUTONOMOUS TERRITORIES

- "Popular Front for the Liberation of Palestine" (PFLP)
- „Samidoun“, „Samidoun Deutschland“, „Hirak e.V.“, „Hirak – Palestinian Youth Mobilization Jugendbewegung (Germany)“